

Stresemann sprach:

Am 26. Februar 1929 führte Dr. Stresemann im Zentralvorstand der DVB. in Berlin wörtlich aus:

„Ich sehe mit stärksten Bedenken die Gefahr der fortwährenden Ausgabensteigerung an sich, soweit sie nicht durch die steigenden Reparationsverpflichtungen herbeigeführt wurden. Die Gebarung der Ausgabewirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden kann einen tatsächlich nur mit Grauen erfüllen. Der Staat quetscht die Steuerzahler aus wie eine Zitrone. Er heßt die Kommissionen der Finanzämter zur Prüfung aller Bücher. Er pfändet dem Bauern die Kuh weg, weil er die Steuern nicht zahlen kann. Der Steuererheber steht bei der Lohnzahlung, bei jedem Honorar, bei jedem Unternehmergewinn, und durch die Art der Erhebung der Steuern haben wir, wenn auch nicht in die Substanz der Wirtschaft eingegriffen, so doch jene Bildung von Reserven unmöglich gemacht, ohne die wir auf die Dauer die Volkswirtschaft nicht aufrichten können. Man vergesse doch das eine nicht, daß die stillen Reserven der Wirtschaft auch die stillen Reserven des Staates sind.

Seit den Tagen, in denen ich mich in der Wirtschaft betätigte, und namentlich die Verhältnisse der Fertigungsindustrie kennenlernte, habe ich immer den Grundsatz vertreten, daß wir auch das erhalten müssen, was man den industriellen Mittelstand nennt, nämlich das selbständige Unternehmertum, das noch nicht die Form der Gesellschaft angenommen hat, das dem Mangel der Zusammenfassung des Kapitals aber die persönliche Initiative und Verantwortung entgegensetzen konnte. Es ist kein Zweifel: dieser ganze Zweig der selbständigen deutschen Wirt-

schaft verfällt durch das Fehlen der Kapitalbildung einem schnellen Sterben. Wir stehen, wenn die Dinge so weitergehen, vor den Trusts auf der einen und vor einer Millionenchar der Angestellten und Arbeiter auf der anderen Seite. Damit steigern sich die sozialen Gegensätze. Damit steigern sich vielleicht die finanziellen Energien des deutschen Wettbewerbs, aber es sinken die persönlich-selbständigen Energien bis zum Nullpunkt. Nichts kann diese Entwicklung mehr beschleunigen als die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben im deutschen Parlament, die sich in der fortgesetzten Erhöhung der Steuern umsetzt. Ich nenne nur die Ziffern der letzten Jahre. Im Etatsjahr 1924/25 hatten wir das Staatsaufkommen veranschlagt auf 5274 Millionen Mark, eingestrichen wurden 7280 Millionen Mark, auf 9736 Millionen für das Etatsjahr 1928/29. (Der Etat 1929/30 beträgt über 10 Milliarden.) Ein Antrag jagt den anderen. Von der Milliarde wird heute so gesprochen, wie man früher von der Million sprach. Wir wollen nicht Phariseer sein und lediglich andere anklagen. Es handelt sich darum, festzustellen, daß es mit dieser Politik nicht weitergeht, wenn wir nicht sehenden Auges in den Abgrund hinabstürzen wollen. Unsere Produktion leidet unter der Kaufarmut der Landwirtschaft, die in ihrem weitgrößten Teil in einer bis zur Katastrophe gesteigerten Krise sich befindet. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt Ziffern an, die man nie für möglich gehalten hätte. Unser Export ist vielfach ein Notexport und Verlustexport, um nur die Betriebe aufrechtzuerhalten. Verhältnismäßig geringe Kapitalinvestitionen begegnen den größten Schwierigkeiten. Dabei gibt die rigorose Steuererhebung Ziffern, die nach außen als Blüte der Wirtschaft gegen uns ausgenutzt werden.

Das ist die Situation, vor der wir in Wirklichkeit stehen. Deshalb muß der Wettstreit der Parteien um die Popularitätshascherei aufhören. Die Volkspartei hat den Antrag gestellt, daß in dem Entwurf des Haushaltsplanes ohne Zustimmung der Reichsregie-